

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

**über den ersten Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung
der Westeuropäischen Union vom 1. bis 3. Juni 1987 in Paris**

Während der Tagung vom 1. bis 3. Juni 1987 in Paris erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Versammlung

32. Jahresbericht des Rates (2. Teil)

Politische Fragen

- Der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses — Teil II:
Die politische Tätigkeit des Rates.
Empfehlung 446 (S. 13)
Richtlinie 68
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 4; 11) und Antretter (S. 6)
- Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Alfred Cahen
Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Rumpf (S. 3), Prof. Dr. Soell (S. 3; 7), Irmer (S. 8), Dr. Müller (S. 10)

Haushalt

- Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1986 und 1987
Empfehlung 447

Verteidigung

- Ansprache des Luxemburger Verteidigungsministers, Marc Fischbach

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die europäische Raumfahrt bis zum Jahre 2000
Empfehlung 448 (S. 14)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Stimme Europas nach Reykjavik — Aussprachen in nationalen Parlamenten

Entschließung 76 (S. 15)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Die Versammlung wählte Abg. Charles Goerens (Luxemburg) zu ihrem Präsidenten und Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell zu ihrem deutschen Vizepräsidenten. Abg. Peter Kittelmann wurde wieder zum Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Abg. Dr. Karl Ahrens zum Vorsitzenden des Politischen Ausschusses und Abg. Frau Doris Pack zur stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt.

An den Verhandlungen nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal und der Türkei teil.

Bonn, den 15. Juni 1987

Dr. Karl Ahrens

Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)

Stellvertretender Sprecher

**Montag, 1. Juni bis
Mittwoch, 3. Juni 1987**

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums
der Versammlung**

(Drucksache 1102)

Berichtersteller:

Abg. van der Werff (Niederlande)

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Generalsekretärs der WEU,
Alfred Cahen**

(Themen: Die Entwicklung der europäischen Solidarität innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses — Das Verhältnis zwischen Rat und Versammlung — Die Frage der Erweiterung der WEU)

Prof. Dr. Rumpf (FDP): Ich möchte dem Generalsekretär drei Fragen stellen.

Erstens. Der Generalsekretär hat meines Erachtens mit Recht dargestellt, daß die WEU um so mehr in ihre wahre Rolle hineinwächst, je weiter die Einigung der Supermächte in Fragen der Abrüstung voranschreitet. Ich frage: Gibt es für ihn und für uns eine besondere Entscheidungsnotwendigkeit zur **Erweiterung der WEU**, die er heute ja auch angesprochen hat?

Zweitens. Der Generalsekretär hat den deutschen Außenminister Genscher zitiert, welcher sagte: Gäbe es die WEU nicht, dann müßte sie erfunden werden. — Ich könnte meinen Außenminister nun selbst fragen, aber ich frage den Generalsekretär: In welcher Form sollte die WEU dann erfunden werden, in der Form, in der sie jetzt besteht, oder in einer erweiterten Form, in der Form, bei der der Ministerrat mehr oder weniger sagt, wo es entlanggeht, oder in der Form einer parlamentarischen Versammlung, in der die demokratischen Vertreter aus den Parlamenten der Mitgliedsländer eine Entscheidung treffen und der Ministerrat sich danach richtet? In welcher Form sollte die WEU also erfunden werden? Ich meine, dies ist sowohl allgemeinpolitisch als auch haushaltspolitisch von Belang. Herr van der Werff hat dies ja deutlich gesagt, und es wurde auch von anderen deutlich angesprochen.

Eine dritte und letzte Frage. Es ist immer von Gorbatschow-Vorschlägen die Rede. Ich kenne eigentlich überhaupt keine Gorbatschow-Vorschläge. Ich kenne nur unsere eigenen Vorschläge, nämlich die mit dem NATO-Doppelbeschluß verbundenen Vorschläge zur Null-Lösung und in Verbindung mit dem Schlagwort „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Herr Generalsekretär, sind Sie auch der Meinung, daß wir heute — wir werden nachher ja über den Bericht von

Herrn Ahrens diskutieren — auch über unsere eigene Zukunft diskutieren und entscheiden? Ich meine das in diesem Sinne: Wenn wir hier ein klares Ja zur doppelten Null-Lösung aussprechen, stärken und stützen wir dann nicht gleichzeitig auch den europäischen Pfeiler der NATO in der WEU? Ich frage Sie: Wenn der Ministerrat in der WEU immer so aktiv ist, wo ist dann die spektakuläre Antwort des Ministerrats auf die spektakulären Vorschläge von Gorbatschow?

*In seiner Antwort verwies **Generalsekretär Cahen** auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sowie auf Artikel XI des Vertrags (Möglichkeit des einstimmigen Beitrittsangebots der Mitglieder an andere Staaten). Er persönlich würde es bei einer Reorganisation der WEU begrüßen, wenn deren Parlamentarische Versammlung so viel Gewicht wie möglich bekäme. Die Aufgabe der WEU sei es gegenwärtig, ihren Einfluß in Europa zu vermehren und eine bedeutendere Rolle in den transatlantischen sowie in den Ost-West-Beziehungen zu spielen.*

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Generalsekretär, ich möchte ein Problem ansprechen, das sowohl die Versammlung selbst als auch die Beziehungen zwischen der Versammlung, dem Ministerrat und dem Generalsekretariat betrifft. Ich bin jetzt zweieinhalb Jahre lang Mitglied dieser Versammlung und seit einem Jahr auch Vizepräsident. Bei Gesprächen mit Kollegen habe ich den gleichen Eindruck wie Sie, nämlich daß die Debatten über den Zusammenhang von Verteidigungs- und Abrüstungspolitik häufig nicht das Niveau und die Präzision erreichen, wie wir sie in den Ausschüssen und Unterausschüssen der nationalen Parlamente häufig erreicht haben. Ich bin seit sechs Jahren Mitglied des Unterausschusses für Abrüstung und Abrüstungskontrolle, eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages. Es gibt — nicht nur im deutschen Parlament, sondern auch in vielen anderen nationalen Parlamenten — eine Reihe von Sachkennern in dem genannten Bereich, die beklagen, daß hier bei uns der permanente **Diskussionsprozeß** nicht stattfindet, wie er in den entsprechenden Ausschüssen der nationalen Parlamente **zwischen den Vertretern der Ministerien und den Parlamentariern** stattfindet. In den nationalen Parlamenten gibt es einen permanenten Austausch von Erfahrungen. Die Parlamentarier haben ja vielfältige Kontakte und sammeln auf diese Weise häufig rascher und intensiver Erfahrungen als die Vertreter der Ministerien. Im Rahmen dieses permanenten Diskussionsprozesses entwickeln sich Vorschläge, welche sich in der Diskussion dann auch jeweils verändern können.

Wenn ich unsere Organisation hier in der WEU ansehe, stelle ich fest, daß es praktisch kaum ein Forum, kaum ein Gremium gibt, das ausreichend Zeit hat, jenen permanenten Diskussionsprozeß zu bestreiten. Herr Generalsekretär, ich möchte Sie sehr herzlich bitten, sich einmal ganz offen und frei dazu zu äußern, ob nach Ihrer Meinung die Versammlung der

Westeuropäischen Union mit den Institutionen, die ihr zur Verfügung stehen, ausreichend gewappnet ist, damit es zu einem permanenten Diskussionsprozeß, wie ich ihn beschrieben habe, kommen kann. Ich möchte hier also eine Frage, die von Herrn Caro, Herrn Rumpf und von vielen anderen schon gestellt worden ist, aufnehmen und erhoffe mir eine Antwort auf diese Frage. — Schönen Dank.

In seiner Antwortrede auf die Gesamtheit der gestellten Fragen ging Generalsekretär Cahen auf das Problem eines Diskussionsprozesses zwischen den ministeriellen Organen der WEU und der Versammlung nicht ein.

Tagesordnungspunkt:

**Der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses —
Teil II: Die politische Tätigkeit des Rates**

(Drucksache 1099)

Berichtersteller:

Abg. Dr. Ahrens (Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: Die Tätigkeit des Rates — Die Organisation der europäischen Sicherheit — Schlußfolgerungen)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal Ihnen, Herr Präsident, sehr herzlich zu Ihrer Wahl zum Präsidenten dieser Versammlung gratulieren. Ich freue mich für Sie persönlich, daß die Wahl auf Sie gefallen ist. Ich freue mich aber auch, durch Ihre Wahl bestätigt zu finden, daß alle Kollegen dieser Versammlung gleiche Chancen und gleiche Möglichkeiten haben, gleichgültig, ob sie aus kleinen Ländern oder aus den sogenannten großen Ländern kommen. Wenn man die Situation im Augenblick sieht, Herr Präsident, dann ist ja durch Ihre Präsidentschaft und durch die Präsidentschaft im Rat die Westeuropäische Union fest in luxemburgischer Hand. Ich bin jedoch überzeugt, daß das Großherzogtum diese Position nicht mißbrauchen wird.

Ich darf mich mit einigen Worten des Dankes an Sie wenden, Herr Generalsekretär. Ihre lebendige und engagierte Rede und auch die Art, wie umfassend und gründlich Sie Ihre Antworten gegeben haben, beweisen mir einmal mehr, wie richtig die jahrelange Forderung der Versammlung war, einen politischen Generalsekretär zu haben, nicht einen bloßen Administrator und Behördenleiter.

Herr Präsident, ich habe die Ehre, den zweiten Teil des Berichts vorzulegen, den ich der Versammlung im Namen des politischen Ausschusses zu erstatten habe. Diese Teilung wurde notwendig, weil der 32. Jahresbericht des Rates erst am 27. April zugegangen ist. Es liegt natürlich nahe, daß diese Tatsache im Ausschuß zu sehr kritischen Bemerkungen Anlaß gegeben hat, die das ganze Feld der Zusammenarbeit mit dem Rat betreffen. Besonders wurde kritisiert, daß der Rat

nicht den Vorschlag von Premierminister Chirac aufgegriffen hat, eine europäische Sicherheitscharta auszuarbeiten. Ebenso lebhaft wurde aber auch kritisiert, daß der Rat die doch sehr maßvollen Vorschläge der Versammlung im Haushaltsbereich offenbar noch nicht entschieden hat. Auf Anfrage hat zwar der Ratspräsident, Herr Minister Poos, optimistisch stimmende Antworten gegeben. Aber Taten sind diesen Antworten bislang nicht gefolgt. Noch nicht einmal die leidige und geradezu aberwitzige Regelung der Belastung des **Haushalts der Versammlung** mit den Kosten für die Pension unserer Mitarbeiter hat bisher eine Änderung erfahren. Es haben soeben einige Kollegen — Herr De Decker und Herr Declercq — Vorschläge gemacht, die Finanzmittel der WEU intern umzuschichten. Es geht um eine Umschichtung zugunsten des Generalsekretariats und zugunsten der Versammlung und zu Lasten der Agenturen. Herr Präsident, ich glaube, wir sollten uns mit diesen Anregungen auch hier beschäftigen. Wenn ich mir die **Aufgabenstellung einiger Agenturen** ansehe, habe ich manchmal Zweifel, ob diese Aufgabenstellung noch den heutigen Anforderungen entspricht. Ich habe seinerzeit bereits in Rom ausgeführt, daß die Reaktivierung — oder besser Reanimation der WEU, denn sie war ja scheinbar — nicht bedeuten dürfte, dort anzuknüpfen, wo man Jahre zuvor geendet hatte, sondern daß wir eine neue WEU brauchen. Eine neue WEU aber bedingt neue Agenturen. Schon damals habe ich Zweifel geäußert, ob ein noch so guter militärischer Fachmann wirklich in der Lage ist, Fragen der Konfliktforschung gültig zu beantworten. Das bedeutet, daß der Umbau der Agenturen möglicherweise nicht ohne personelle Konsequenzen und Wechsel vonstatten gehen kann. Herr Generalsekretär, ich glaube, ich kann mich zum Sprecher der Versammlung machen, wenn ich Ihnen in diesen Fragen unsere volle Unterstützung zusichere. Im übrigen glaube ich, daß wir uns über die Budgetfragen morgen nach der Rede des Ratsvorsitzenden sicher noch unterhalten werden, sicher auch nach der Diskussion des Berichts des Kollegen Linster.

Bei aller Kritik an der, wie ich meine, mangelhaften Zusammenarbeit und mangelhaften Information zwischen Rat und Versammlung muß man, glaube ich, die Aufgaben genau betrachten, die der Rat lösen muß. Man kommt dann zu der Erkenntnis, daß es für den Rat nicht immer einfach ist, die Versammlung rechtzeitig und umfassend zu unterrichten. Nehmen wir einmal den Vorschlag, eine **europäische Sicherheitscharta** auszuarbeiten. Dieser Vorschlag, der mir, wie ich bereits in Luxemburg sagte, eine Konsequenz der französischen Sicherheitspolitik der letzten Jahre zu sein scheint, also nicht aus dem heiteren Himmel kam, war offensichtlich nicht mit den Regierungen der sechs anderen Staaten abgestimmt. Wie man hört, hat besonders eine Regierung deshalb verstimmt und offenbar zögerlich reagiert und nimmt bislang eine eher vorsichtige Haltung ein. Da kann man es verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Rat in dieser schwierigen Situation nicht allzu deutlich wird. Oder nehmen wir die uns nun schon seit langem beschäftigende Frage einer **Erweiterung der Westeuropäischen Union**. Nachdem seit 1984 bereits der Aufnahmewunsch Portugals vorliegt, sind in mehr oder weniger offizieller Weise auch die Beitrittswün-

sche anderer Staaten bekannt geworden. Nun kann man natürlich den Rat verstehen, wenn er alle diese Beitrittswünsche in einem Zusammenhang sieht und daher den Beitritt des ersten Bewerbers auch in seinen Auswirkungen auf die anderen Bewerber betrachten muß, wenn der Rat also prüft, ob er nicht etwa mit der Aufnahme eines Landes einen Präzedenzfall schafft, der ihm für künftige Fälle die Hände bindet.

Oder — das ist der dritte Problemkreis — nehmen wir die Maßnahmen zur **Reaktivierung der WEU**, von der seit Rom gesprochen und leider, wie gesagt, **nur** gesprochen wird, jedenfalls nach unseren offiziellen Informationen. Jeder von uns weiß, daß es hier um einen sehr sensiblen Bereich geht. Die Reaktivierung darf nicht den Eindruck entstehen lassen, es handle sich um eine Blockbildung der sieben Staaten innerhalb der europäischen NATO-Staaten, also unter Ausschluß der nicht der WEU angehörenden Länder, oder etwa eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der WEU richte sich gegen die USA.

Herr Präsident, ganz sicher ist es so — das haben wir soeben aus den Ausführungen insbesondere des Generalsekretärs gehört, der uns in vieler Hinsicht Mut gemacht hat —, daß die Entwicklung in diesen Fragen im Rahmen des Rates und seiner Arbeitsgruppen weiter ist, als die Versammlung offiziell weiß. Ab und zu hören wir davon etwas von unseren nationalen Vertretern im Rat, die dann zugleich um Verständnis dafür werben, daß man nicht gern schriftliche Informationen aus den Händen gibt. Aber meine Herren Minister und Botschafter, dann müssen wir uns gemeinsam um andere Möglichkeiten der Kommunikation und der Information bemühen. Vielleicht können uns hier einige Formen weiterhelfen, etwa das Committee mixed, das wir im Europarat haben. Bei allen Schwierigkeiten die ich nicht verkenne, muß die Information entscheidend verbessert werden, muß das **Gespräch zwischen Versammlung und Rat** intensiviert werden, wenn die Versammlung ihre Aufgaben dem Statut entsprechend erfüllen soll.

Lassen Sie mich noch einige kurze Ausführungen zu einigen Themen machen, die der Ausschuß in der Empfehlung und in der Richtlinie niedergelegt oder auch darüber hinaus mit besonderer Betonung diskutiert hat.

Der Ausschuß empfiehlt dem Rat in Ziffer 1, eine **Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vertragsstaaten** des geänderten Brüsseler Vertrags sowie derjenigen Staaten einzuberufen, die tatsächlich entschlossen sind, sich im Rahmen des Atlantischen Bündnisses an einer europäischen Sicherheitsorganisation mit dem Ziel zu beteiligen, die Erfordernisse dieser Sicherheit für die nächsten zehn Jahre gemeinsam zu definieren und die Rolle zu präzisieren, die der WEU ihrer Ansicht nach zukommt, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Ich weise darauf hin, daß der Ausschuß hier ganz bewußt über den Kreis der sieben Mitgliedstaaten der WEU hinausgegangen ist und auch die anderen Staaten Westeuropas einlädt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen und dazu Beiträge zu leisten.

Ziffer 2 setzt eine Frist, die aus der Sicht der Versammlung einzuhalten ist, um sich über den **Antrag**

Portugals auf Mitgliedschaft positiv zu erklären. Ich habe soeben bereits gesagt, daß ich den Rat verstehe, wenn er den Beitrittswunsch Portugals in einem weiteren Zusammenhang sieht. Ich betone jedoch, daß im Ausschuß übereinstimmend die Auffassung vertreten wurde, daß die Art, wie dieser Beitrittswunsch Portugals nun schon seit Jahren vom Rat behandelt wird, die Formen einer diplomatischen und abendländischen Höflichkeit zu verletzen in der Lage ist. Ich habe das sehr vorsichtig formuliert; im Ausschuß wurde darüber deutlicher gesprochen. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die Tatsache, daß hier Portugal erwähnt ist, nicht gegen die anderen Beitrittswünsche gerichtet ist.

Portugal wird deshalb erwähnt, weil dieser Fall uns nun schon seit Jahren beschäftigt und wir darüber seit Jahren auch mit unseren Kollegen des portugiesischen Parlaments im Gespräch sind.

In der Richtlinie wird der politische Ausschuß aufgefordert, eine **Konferenz von Elder Statesmen** einzuberufen. Dabei haben wir uns von der Erkenntnis leiten lassen, daß diese Politiker, die in Europa einen Namen haben, aber nicht mehr in der unmittelbaren Pflicht der Regierungsverantwortung stehen, freier und offener über diese wichtigen Probleme sprechen können, als Politiker, die in allen unseren Ländern immer wieder vor Wahlen stehen. Allein darauf ist wohl zurückzuführen, daß wir manchmal zu unserer Überraschung aus dem einen oder anderen Land plötzlich Erklärungen hören, die uns nicht ganz konsequent zu sein scheinen und die sicher aus der Politik der Vergangenheit nicht immer zwingend abzuleiten sind. Wir meinen, daß es gut ist, mit erfahrenen Politikern zu diskutieren, die eine Zeitlang die Verantwortung für die Staaten und die Entwicklung Europas getragen haben, und uns deren Meinung anzuhören. Es wird sicher nicht leicht sein, eine solche Konferenz oder ein solches Symposium vorzubereiten. Auch die Auswahl wird Schwierigkeiten machen. Auf jeden Fall sollte dieses Symposium vor der Konferenz der Staats- und Regierungschefs stattfinden, um zu einer Meinungsbildung auch im Kreis jener Politiker, die jetzt die Verantwortung tragen, beizutragen.

Ein letztes Wort noch, Herr Präsident, zu dem Verhältnis zwischen der **Europäischen Gemeinschaft und der WEU**, weil auch diese Frage im Ausschuß sehr eingehend diskutiert wurde. Im Bericht habe ich insbesondere auf die Äußerungen von Kommissionspräsident Delors und den Schriftwechsel abgehoben, den der Kollege De Decker mit seinem Minister geführt hat. Auch aus anderen Quellen müssen wir den Eindruck gewinnen, daß die Europäischen Gemeinschaften sich dem Bereich der Sicherheitspolitik verstärkt zuwenden. Nun läßt sich das ganz sicher nicht sauber trennen. Das Europäische Parlament wird sich von niemandem vorschreiben lassen, auch Meinungen zu Fragen der Sicherheits- oder der Verteidigungspolitik zu äußern. Auch die Europäische Politische Zusammenarbeit, die sich natürlich auch mit dem Verhältnis der Zwölf zu den osteuropäischen Staaten beschäftigt, wird dabei die Fragen der Sicherheitspolitik nicht ausklammern können. Wir meinen aber, es müßte klar sein — und wir sollten dazu, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch unsere politischen Kontakte

zu den Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments nutzen – klarzustellen, daß die Verantwortung für diese Fragen nicht bei den Zwölf liegen kann, sondern weiterhin bei der Westeuropäischen Union liegen muß. Ich glaube, diese Klarstellung ist dringend notwendig. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, dazu ihren Beitrag zu leisten.

Schönen Dank, Herr Präsident.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Schriftlicher und mündlicher Bericht unseres Kollegen Ahrens zeigen einmal mehr, wie schwer sich der Rat nach wie vor tut, die Absichten zu verwirklichen, die die Außen- und Verteidigungsminister vor nunmehr bald drei Jahren in Rom verkündet hatten. Wir wissen heute weniger denn je, wohin die Reise in der **europäischen Sicherheitspolitik** wirklich geht und was die WEU hierzu konkret beiträgt.

Herr Ahrens hat in seinem ausgezeichneten Bericht unter anderem zu Recht in Erinnerung gerufen, daß einer der Hauptgründe für die Reaktivierung der WEU im Jahre 1984 das Bestreben war, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit eine größere Rolle bei den europäischen Sicherheitsanstrengungen spielen könne. Wie aber sieht drei Jahre später die Wirklichkeit aus?

Zwar erwähnen jetzt mehr Regierungsmitglieder als früher in ihren Reden die Notwendigkeit oder sogar ihre Entschlossenheit, den **Reaktivierungsprozeß der WEU** fortzusetzen, inhaltlich jedoch haben die Regierungen, die im Ministerrat vertreten sind, bisher noch in keinem einzigen Problembereich der Öffentlichkeit Ergebnisse präsentiert, die so überzeugend sind, daß das Publikum den Eindruck gewinnen könnte, daß diese Organisation in der Lage ist, das Schicksal Europas in Sicherheits- und Verteidigungsfragen entscheidend mitzubestimmen und mitzugestalten. Von einer Beteiligung der Öffentlichkeit kann schon gar nicht die Rede sein. Es fehlt sogar die Vorstufe zu einer Beteiligung, nämlich die Information.

Lassen Sie mich dies an wenigen, aber konkreten Beispielen näher erläutern. Was erfahren wir über die Aktivitäten des Rates auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung, dem wichtigsten Thema, das uns in Europa spätestens seit Reykjavik in Atem hält? Das Ergebnis der Frühjahrstagung des WEU-Ministerrates am 27. und 28. April dieses Jahres in Luxemburg wurde dieser Tage von einem Kommentator im „International Herald Tribune“ mit der Überschrift kommentiert: „Die Westeuropäer waren sich einig, daß sie nichts zu sagen hatten.“

Meine Damen und Herren, ich teile diese negative Einschätzung nicht. Aber sie ist eines von vielen Beispielen, wie die Arbeit der WEU bisher auf die Medien wirkt.

Ich begrüße, daß die Haltung der WEU-Staaten zu den **Abrüstungsverhandlungen** in Genf in dem Communiqué des Ministerrates von Luxemburg einen breiten Raum einnimmt. Aber wenn man sich den Text genau ansieht, findet man keinen Hinweis darauf, was die Regierungen konkret tun wollen, um Europas Sicherheitsinteressen bei den Verhandlungen deutlicher zur

Geltung zu bringen. Ich habe daher auch diesmal Zweifel, ob der Rat der Empfehlung der Versammlung folgen und auf der kommenden Tagung des Nordatlantikrates eine gemeinsame WEU-Position zu den Gorbatschow-Vorschlägen einbringen wird.

Noch magerer ist das Ergebnis, wenn man versucht, aus der schriftlichen Fassung des 32. Jahresberichts des Rates Erkenntnisse zu gewinnen. Es ist übrigens auffällig, Herr Präsident, daß man im Inhaltsverzeichnis beider Teile des Jahresberichts vergeblich nach dem Thema „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ sucht. Diese Thematik ist jedesmal in der Rubrik „Ost-West-Beziehungen“ versteckt. Es entsteht also der Eindruck, als gebe es im Rat Widerstände, diese Probleme nach außen hin zu deutlich beim Namen zu nennen. Inhaltlich werden jedenfalls hier in erster Linie alte Positionen in allgemeiner Form wiederholt. Aktuelle Stellungnahmen wird man vergeblich suchen.

Natürlich haben wir als Abgeordnete die Möglichkeit, Fragen an den Rat zu richten. Aber was kommt dabei heraus? Herr Close beispielsweise hatte am 26. November letzten Jahres mehrere Fragen zur Abrüstungsproblematik an den Rat übermittelt. Fast ein halbes Jahr dauerte es, bis der Rat am 21. Mai 1987 seine Antworten übermittelte, und diese bestanden im wesentlichen aus Wiederholungen des Communiqués von Luxemburg. Bei einer derartigen Informationspolitik wirkt es schon fast ironisch, wenn der Rat in seiner Antwort auf die letzte Frage bestätigt, er teile die Auffassung des ehrenwerten Mitglieds, daß das Bewußtsein der Öffentlichkeit in Verteidigungsfragen wichtig sei.

Meine Damen und Herren, wie steht es mit der **Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung**? Im Communiqué von Luxemburg haben die Minister unter anderem die Bedeutung einer intensiveren und systematischeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung hervorgehoben. Aber was geschieht denn nun tatsächlich, um die nach wie vor bestehenden Probleme der Standardisierung und Interoperabilität der Waffensysteme zu lösen?

Es ist auch nicht sehr ermutigend, die Antworten zu hören, die man bei entsprechenden Fragen von der eigenen Regierung bekommt. Im März dieses Jahres hatte ich den Bundesminister der Verteidigung nach dem Schicksal der geplanten gemeinsamen deutsch-britisch-italienischen Panzerhaubitze und nach den Möglichkeiten gefragt, dieses Projekt im Rahmen der WEU zu fördern. Das Verteidigungsministerium hat mir geantwortet, es gebe keine Pläne, dieses Projekt im Rahmen der WEU zu fördern, da diese Organisation für diese Art von Aufgaben nicht zuständig sei. Ja, für was ist die WEU denn da? Gilt noch die Aussage in der Erklärung von Rom, in der die Minister betont haben: Im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich soll die WEU in der Lage sein, aktiv einen politischen Anstoß zu geben? Wozu ist seinerzeit das Standing Armaments Committee gegründet worden? Es hat schon längere Zeit nicht mehr getagt, und wir wissen immer noch nicht, was der Rat in Zukunft mit diesem Organ vorhat. Schließlich drängt sich die Frage auf, wozu eigentlich die neue Agentur

zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rüstungsreich — Agentur III — geschaffen worden ist.

Seit die drei Agenturen für Sicherheitsfragen ihre Tätigkeit Anfang 1986 aufgenommen haben, hat die Versammlung noch absolut nichts über deren etwaige Arbeitsergebnisse erfahren. Dabei hatte der Rat in einem 1985 verabschiedeten Dokument über die Öffentlichkeitsarbeit der WEU sogar angekündigt, daß er diese Agenturen beauftragen werde, spezielle Beiträge und Materialien zur öffentlichen Verwendung zu liefern. Nichts davon ist verwirklicht worden.

Wie es mit der endgültigen Strukturierung der WEU-Organe steht, darüber kann man nur spekulieren. Das Communiqué von Luxemburg stellt dazu fest, daß die Minister einen Bericht der Präsidentschaft gehört hätten. Man erfährt zwar von der Existenz zahlreicher Berichte oder Zwischenberichte, so etwa von einem vorläufigen Bericht über die europäischen Sicherheitsinteressen im gegenwärtigen strategischen Gesamtzusammenhang oder von einem Bericht der Sonderarbeitsgruppe über die politisch-strategischen Auswirkungen des SDI-Forschungsprogramms, ferner von einer Rahmenstudie über Sicherheitsprobleme im Mittelmeerraum. Aber was wir nicht erfahren, sind die Inhalte.

Meine Damen und Herren, wenn der Rat nicht einmal uns Parlamentariern eine wenigstens bescheidene Möglichkeit gibt, mitzudenken, wie stellt er sich dann eigentlich vor, wie die breite Öffentlichkeit in die Lage versetzt werden soll, Beweggründe und Überlegungen des Rates und der Regierungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik nachzuvollziehen?

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zu dem Vorschlag eines **WEU-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs** sagen. Ich begrüße diese Initiative sehr und meine, sie hätte schon früher verwirklicht werden sollen. Denn inzwischen haben sich die Dinge durch das lange Zögern des Rates im Hinblick auf die Beitrittsgesuche anderer Staaten erheblich verkompliziert. Als Portugal noch der einzige beitragswillige Staat war, hätte der Rat ohne Probleme schon vor längerer Zeit diesem Kandidaten eine positive Antwort geben können. Jetzt ist er gezwungen, gleichzeitig über inzwischen wenigstens vier durchaus unterschiedliche Kandidaturen zu entscheiden. Das bedeutet auch, daß er gut überlegen muß, wer außer den gegenwärtigen Mitgliedern zu dem Gipfeltreffen eingeladen werden soll. Auch inhaltlich muß dieses Treffen sehr sorgfältig vorbereitet werden, damit konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Das Ergebnis darf jedenfalls nicht eine Neuauflage der Erklärung von Rom werden, einer Erklärung der großen Worte und der milden Gaben, d. h. eine Aneinanderreihung von Absichtserklärungen, sondern diesmal müssen wirklich sicherheitspolitische Entscheidungen herauskommen.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Soell (SPD): (Übersetzung aus dem Französischen) — Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen. — Zunächst gebührt mein Dank dem Berichterstatter, Herrn Karl Ahrens. Trotz der schwie-

rigen Umstände, unter denen er den zweiten Teil seines Berichtes verfassen mußte, hat er die wichtigsten Fragen herausgearbeitet, die in der Versammlung zu diskutieren sind.

Besonders bemerkenswert ist das sehr direkte Ansprechen der offenen Probleme der WEU: Weiten Teilen der europäischen Öffentlichkeit leuchtet die These des Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Jacques Delors, ein, daß die **Reaktivierung der WEU** nur ein Schachzug sei, durch den der fehlende Wille der Regierungen zur Behandlung von Sicherheitsfragen bemäntelt werden soll.

Selbst wenn wir als Mitglieder der Versammlung die Reaktivierung anders bewerten und gewisse Fortschritte anerkennen, müssen wir gleichwohl feststellen, daß die Regierungen der Mitgliedsländer die WEU seit den Reaktivierungsbeschlüssen von Rom im Oktober 1984 einem Wechselbad von Stimmungen ausgesetzt haben. Nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit hat sich der Eindruck verstärkt, daß der wichtigste Antrieb für die Reaktivierung der WEU die Furcht vor der Bewegung gegen die Nachrüstung gewesen ist. Nachdem diese Bewegung an Bedeutung verloren hat, scheint auch das Interesse einiger Regierungen an der Reaktivierung geschwunden zu sein.

Eine solche Haltung schadet den gemeinsamen europäischen Sicherheitsinteressen. Zumal in einer Zeit, in der die **Ost-West-Beziehungen** weitreichenden Veränderungen unterworfen sind.

Gerade in den letzten Wochen und Monaten, im Grunde seit dem Gipfel von Reykjavik im Oktober 1986 stellt die Öffentlichkeit in den Mitgliedsländern die Frage: Wo ist die Stimme Westeuropas bei dem Versuch, die Probleme der Verteidigung und der Abrüstung zu verknüpfen? Die Antwort steht noch aus.

Statt dessen starren Regierungen und Öffentlichkeit in den westeuropäischen Ländern — gleich dem Kaninchen auf die Schlange — auf neue sowjetische **Abrüstungsinitiativen**, wie sie einmal mehr beim Ostberliner Gipfel des Warschauer Pakts vorgetragen worden sind. Diese Vorschläge kündigten sich schon in dem Gespräch des Präsidiums der Versammlung Anfang April in Moskau an. Schon damals wurden unsere Fragen, ob die Sowjetunion zu asymmetrischen Reduzierungen — nicht nur bei Mannschaftsstärken, sondern auch bei Waffensystemen — und zum Aufbau „nicht provozierender“ Verteidigungsstrukturen bereit sei, positiv beantwortet.

In den Moskauer Gesprächen wurde auch deutlich, daß die Sowjetunion dabei ist, die Bedeutung der Beziehungen zu Westeuropa neu einzuschätzen. Dabei geht sie — kurz zusammengefaßt — von folgenden Überlegungen aus:

- Die neue sowjetische Führung hält eine polyzentrisch strukturierte Welt für stabiler als die bisherige bipolare Welt
- der politische Einigungsprozeß in Westeuropa wird als Tatsache hingenommen

- solange Westeuropa politisch noch nicht geeint ist, wiegt es für die Sowjetunion sehr viel weniger als die USA
- weil beide Teile Europas den Krieg im eigenen Land kennen, können sie anderen, also auch die Westeuropäer den USA, deutlich machen, was das heißt
- die Sowjetunion ist überzeugt, daß sie auch von einem geeinten Westeuropa allein nie angegriffen werde
- im Zuge des „neuen Denkens“ ist der sowjetischen Seite stärker bewußt geworden, daß die Spannungen zwischen den Supermächten auch den Spielraum Westeuropas verringern; wir als die westliche Seite fügten in Moskau hinzu: auch den Spielraum der osteuropäischen Länder im Vorfeld der Sowjetunion.

Es ist keineswegs erforderlich, wegen dieses Wandels sowjetischer Einschätzungen in Euphorie zu verfallen. Aber verlangt werden kann die Bereitschaft, die sowjetischen Vorschläge nüchtern zu prüfen und konstruktiv zu beantworten. Ohne diese Bereitschaft der Regierungen und Parlamente würde die Glaubwürdigkeit gemeinsamer Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung Westeuropas drastisch abnehmen.

Zugleich würde der Verdacht enorm zunehmen, daß die aus unterschiedlichen Motiven entstandenen Zweideutigkeiten in der Haltung einiger Regierungen gegenüber substantiellen Abrüstungsmaßnahmen – z. B. im Falle der doppelten Null-Lösung – die westlichen Bündnisse strukturell unfähig zur Abrüstung machen. Besonders bedauerlich und vom Ahrens-Bericht mit Recht kritisiert ist die Tatsache, daß die in Rom 1984 angestrebte „Abstimmung“ der Auffassungen der einzelnen Regierungen „zur konkreten Sicherheitslage in Europa“ vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung und der sich verändernden Ost-West-Beziehungen bisher nicht einmal in Ansätzen vorliegt.

Wenn diese Abstimmung in den nächsten Monaten nicht erreicht wird, insbesondere auch für ein konkretes Mandat für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung zwischen Atlantik und Ural – an der Westeuropa in besonderer Weise interessiert sein muß –, wird der Anspruch, die WEU werde „reaktiviert“, den letzten Anschein von Glaubwürdigkeit verlieren.

Irmer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Titel des Berichtes, über den wir heute diskutieren, einmal näher anschaut und „Der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses“ liest und sich dabei insbesondere den Untertitel „Politische Aktivitäten des Rates“ auf der Zunge zergehen läßt, kann man erst würdigen, was in beiden Punkten – Titel und Untertitel – hier eigentlich herausgekommen ist, nämlich gar nichts. Mein Vorredner hat das ja sehr eindringlich dargestellt: Es heißt hier, man protestiere gegen die Tatsache, daß der Bericht so spät komme; man bedaure, daß der Rat dieses und jenes nicht gemacht

habe. Das ist ein beschämendes und eigentlich auch erschütterndes Ergebnis.

Den Berichterstatte, Herrn Ahrens, trifft hier keinerlei Vorwurf. Ganz im Gegenteil! Er hat mit viel Engagement versucht, aus dieser beklagenswerten Situation das Beste zu machen. Was will ein Berichterstatte aber tun, der diese Lage vorfindet?

Ich meine, daß dieses bedauerliche Fazit uns Anlaß geben sollte, einmal ganz grundsätzlich über zweierlei nachzudenken. Erstens: Was wollen wir? Was ist unsere Aufgabe? Zweitens: Welche Instrumente, welche Mittel haben wir zur Verfügung, um diese Aufgabe zu erfüllen? Die Aufgabe ist klar. Wir wollen eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik innerhalb des NATO-Bündnisses. Dies ist dringend erforderlich. Es geht nicht an, daß die europäische Stimme innerhalb der NATO so wenig gehört wird, wie das jetzt der Fall ist. Sicherlich haben wir einen weiten Bereich gemeinsamer Sicherheitsinteressen mit unseren amerikanischen Partnern. Es gibt aber auch weite Bereiche, wo die Interessen auseinanderdriften.

Betrachten Sie einmal die Geographie. Eine Auseinandersetzung im Mittelmeer wie im April letzten Jahres um Libyen hat für uns natürlich eine ganz andere Dimension als für die Bürger der Vereinigten Staaten. Der Konflikt im Nahen Osten hat doch für die Bürger hier – einfach wegen der geographischen Nähe – mehr Bedeutung und mehr Gewicht als für die Amerikaner. Stellen wir uns vor, daß Raketen vom Typ Pershing vor den Toren von Stuttgart und Amsterdam aufgestellt werden. Dies betrifft dann unsere Bürger in einer ganz anderen Weise als die Bürger von Chicago oder San Francisco.

Was tun wir Europäer aber in dieser Lage? Die Europäer zerstreiten sich. Sie einigen sich nicht. Wenn der amerikanische Präsident wissen will, was die Europäer denken, kann er nicht eine Stelle oder einen Präsidenten anrufen und sagen: Herr Präsident, was möchten die Europäer? – Nein, er muß 10, 12, 14, 16 Telefongespräche führen. Er muß 10-, 12-, 14-, 16mal fragen: Wie hätten es die Europäer denn gerne? Er bekommt dann 10, 12, 14, 16 unterschiedliche Antworten, aus denen er sich zusammenklauben kann, was die Europäer wollen. Das ist eine hoffnungslose Situation.

Was tut der amerikanische Präsident? Was würde jeder vernünftige Mensch an seiner Stelle tun? Er tut das, was er für richtig hält. Die Europäer haben dann das Nachsehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das ist das Fazit aus der derzeitigen Situation. Ich übertreibe etwas, aber im Prinzip ist es so. Wir werden auf diese Weise mehr oder weniger freundliche Satelliten unserer Verbündeten. Das sollte aber nicht so sein. Wir müssen als Europäer unsere Sicherheitsinteressen analysieren, definieren und dann formulieren, worauf wir hinauswollen. Wir müssen unsere europäischen Interessen in das Bündnis einbringen. Davon sind wir so weit entfernt wie eh und je. Ich frage mich: Woran liegt das? Möglicherweise liegt es daran, daß wir die falschen Institutionen haben und daß wir eine Aufsplitterung der Institutionen auf Dauer hingenommen haben, die wir nun einmal haben.

Der Berichterstatter, Herr Ahrens, hat gestern mit Recht — wenn man die juristische Seite betrachtet — gesagt: Die Verantwortung für Verteidigungsfragen liegt bei der WEU und nicht bei der Europäischen Gemeinschaft. Das stimmt. Meine Damen und Herren, wir sollten uns aber fragen, ob denn die WEU zumindest in ihrem derzeitigen Zustand und ihrer derzeitigen Struktur, obwohl sie die juristische Zuständigkeit hat, das geeignete politische Gremium ist, um tatsächlich eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu entwickeln. Die Empfehlung, die der Politische Ausschuß uns gibt, ist ja bezeichnend: eine Konferenz einzuberufen, die aber nicht auf die derzeitigen Mitglieder der WEU beschränkt sein soll, sondern die vernünftigerweise darüber hinausgehen soll. Wenn ich mir einmal die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik betrachte, möchte ich, daß die Dänen darüber genauso mitreden wie die Portugiesen. Wieso sollten denn eigentlich die Sicherheitsinteressen der Belgier oder der Deutschen oder der Italiener hier berücksichtigt werden, aber die der anderen europäischen NATO-Mitglieder nicht? Das ist nicht einzusehen. Insofern muß man sich fragen, ob die WEU in ihrer derzeitigen Struktur nicht dringend der Erweiterung bedarf, um ihre Aufgaben überhaupt wahrnehmen zu können.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Was tut diese Versammlung? Sie kann klagen. Sie kann lamentieren. Sie kann wertvolle Anstöße geben. Hat sie denn aber auch nur den Hauch irgendeiner Kontrollfunktion? Das beginnt schon bei unserer Legitimation. Wer von uns — eine Ausnahme bilden vielleicht einzelne Persönlichkeiten; ich denke dabei an unseren bisherigen Präsidenten Caro, bei dessen Wahl in sein nationales Parlament sicherlich eine Rolle gespielt hat, daß er Präsident dieser Versammlung war; das wird möglicherweise auch bei unserem neuen Präsidenten Goerens der Fall sein —, die wir hier als schlichte Mitglieder sitzen, ist denn deshalb in sein nationales Parlament gewählt worden, weil er zusätzlich in dieser Versammlung Funktionen wahrnimmt? Wer von uns reflektiert denn, wenn er seine Wiederwahl vorbereitet, darauf, daß seine Tätigkeit hier dabei eine besondere Rolle spielt? Nein, er ist als nationaler Abgeordneter gewählt. Bei der Entscheidung stehen nationale Probleme im Vordergrund. Wir sitzen hier mit einer mittelbaren, mit einer abgeleiteten demokratischen Legitimation. Diese Tatsache hindert uns natürlich, auch die Aufgaben so wahrzunehmen, wie wir das tun sollten.

Ein Weiteres kommt hinzu — mein Vorredner hat das dankenswerterweise gesagt —: Es stellt sich die Frage, wie man die Arbeit hier überhaupt bewältigen kann. Wir haben in unserem nationalen Parlament Pflichten zu erfüllen. Ich muß heute Abend nach Bonn zurück. Ich kann nicht bis zum Schluß hierbleiben. Mein Bundeskanzler gibt am Donnerstag eine Regierungserklärung ab. Dies wird in den Ausschüssen vorbereitet. Wir sind auf Grund unserer Überbeanspruchung daran gehindert, die Aufgaben wahrzunehmen, die sich hier stellen.

Wir haben, wie gesagt, eine Zersplitterung im Bereich der europäischen Institutionen zu registrieren. Wir haben einerseits die Parlamentarische Versammlung

des Europarates, die für Menschenrechte, für Umwelt, für Kultur, für alle schönen Dinge des Lebens zuständig ist. Wir haben andererseits das Europäische Parlament, das nach dem, was wir gestern von Herrn Ahrens gehört haben, eigentlich nur für Wirtschaftsfragen zuständig ist. Das hat sich geändert. Durch die Einheitliche Europäische Akte ist das formalisiert worden, was das Europäische Parlament in den letzten Jahren bereits getan hat. Es hat eine Zuständigkeit für Außenpolitik bekommen, eine Zuständigkeit für das, was früher Europäische Politische Zusammenarbeit hieß. Ich frage Sie aber: Wie will man denn Europäische Politische Zusammenarbeit bzw. europäische Außenpolitik überhaupt von Sicherheits- und Verteidigungspolitik trennen? Es liegt doch in der Logik der Sache, daß das Europäische Parlament in Vollzug der Einheitlichen Europäischen Akte auch das Feld der Verteidigungspolitik besetzen wird, wie es dies im übrigen seit der Direktwahl schon zunehmend getan hat. Ich erinnere an den Bericht Haagerup, der bereits 1981 erstellt wurde. Ebenso erinnere ich an den Klepsch-Bericht. Es ging in diesen Berichten um Fragen der europäischen Verteidigungspolitik.

Nun sitzen wir hier in der Versammlung der WEU ohne Macht und ohne Kompetenzen und sollen auf diesem kleinen Sektor der Verteidigungspolitik etwas tun. Das ist doch unmöglich. Wie wollen wir denn Verteidigungspolitik machen, ohne daß wir zugleich Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftsstruktur und die gesamten politischen Zusammenhänge in Europa erörtern? Ich plädiere dafür, daß wir einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob die Instrumente, die wir in Europa zur Verfügung haben, bei der gegenwärtigen Struktur tatsächlich noch ausreichen, um die Probleme zu lösen. Ich meine, daß wir auch in dieser Versammlung ganz laut und deutlich sagen sollten, daß wir auf die Europäische Union mit allen Kompetenzen im politischen Bereich — ohne irgendein Teilgebiet auszusparen oder auszugliedern — hinarbeiten müssen. Die logische Folge muß sein, daß eine Versammlung mit demokratischer Legitimation den Ministerrat antreiben kann, kontrollieren kann, ihn zwingen kann, bestimmte Dinge zu tun, insbesondere die drängenden politischen Probleme wirklich anzupacken.

Der Ministerrat hat es ja leicht. Es sind doch immer dieselben Herren, die sich — jeweils mit einem anderen Hut auf dem Kopf — hier und dort treffen. Sie treffen sich in unterschiedlichen Räumen und vielleicht unter anderer Präsidentschaft. Die Minister, die den Ministerrat der EG stellen, sind dieselben, die den Ministerrat der WEU stellen. Dieselben Herren treffen sich wieder, wenn der Ministerrat des Europarates tagt. Die Versammlungen aber sind aufgespalten und haben keine Macht.

Meine Damen und Herren, ich habe im Sinne einer Anregung — damit will ich zum Schluß kommen — neulich einmal gesagt, man könnte überlegen, ob die Aufgaben, die wir hier wahrnehmen, nicht auf die Kollegen übertragen werden könnten — das würde allerdings eine Vertragsänderung erfordern —, die im Europäischen Parlament als Vertreter derjenigen Länder, die Mitglieder der WEU sind, sitzen. Diese Damen und Herren tagen ständig. Sie haben eine ganz andere Arbeitskapazität zur Verfügung, als wir sie

haben. Sie sind unmittelbar und direkt gewählt. Sie haben ein unmittelbares Mandat mit Bezug auf das Thema der europäischen Einigung. Wir aber werden aus dem nationalen Parlament abgezogen und erfüllen unsere Aufgabe gewissermaßen mit der linken Hand.

Ich weiß, daß es sicher etwas ungewöhnlich ist, hier seine eigene Position und seine eigene Legitimation in Frage zu stellen. Das würde bedeuten, daß keiner mehr hierherkommt, es sei denn, er habe zufällig auch einen Sitz im Europäischen Parlament. Unter dem Aspekt der Logik und der Aufgabenstellung sollte man, wie ich meine, aber auch einmal über diesen Vorschlag nachdenken, zumindest in dem Sinne, ob hier nicht ein erster Schritt getan werden könnte.

Ich will ganz zum Schluß sagen: Die Entwicklung eines europäischen Pfeilers im Atlantischen Bündnis ist vorrangig. Unsere Völker wollen es. Unsere Regierungen behaupten, daß sie es wollen. Eigentlich wollen es alle. Warum funktioniert es nicht? Warum kommt es nicht zustande? Der Ministerrat der WEU hat in dieser Richtung nichts getan, oder, wenn er etwas getan hat, hat er es uns zumindest nicht wissen lassen. Und schon das allein ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

Diese Versammlung muß mit aller Kraft darauf bestehen, daß hier weitere Entwicklungen eingeleitet werden. Wir dürfen hier keine Tabus kennen. Wir müssen uns fragen: Ist die WEU, insbesondere diese Versammlung, das richtige Gremium? Ich meine: Nein. Wir müssen uns hinentwickeln zu der Europäischen Union mit allumfassender Zuständigkeit. Dann werden die Institutionen und Instrumente, die wir zur Verfügung haben, in der Lage sein, diese große Aufgabe zu bewältigen.

Vielen herzlichen Dank.

Dr. Müller (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Kollegen Baumel recht herzlich für die Darstellung danken, die er gerade gegeben hat. Er hat seinen Finger tatsächlich in einige Wunden gelegt, die uns gerade in diesen Tagen sehr brennen. Wenn wir jetzt einen Bericht diskutieren, der die Überschrift „Der europäische Pfeiler der Atlantischen Allianz“ trägt, dann kann man das Ganze nur sehr euphemistisch sehen. Denn von einem Pfeiler ist hier wohl kaum zu sprechen. Es bröckelt an allen Enden. Man könnte sagen: Es ist eine Beschreibung, die mehr mit der Archäologie als mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Wir stehen also wieder einmal — ich sage bewußt: wieder einmal — an der Klagemauer, wenn wir feststellen, daß der Ministerrat keine Antworten gibt, daß keine Maßnahmen durchgeführt werden, daß Ankündigungen nicht eingehalten werden. Ja man hat immer wieder den Eindruck — Sie erinnern sich an das große Treffen der Minister im Rahmen der WEU im vorigen Jahr in Venedig, wo man aus der Luft, von der See und überall stark bewacht war. Aber warum man die Minister bewacht hat, ist mir völlig rätselhaft. Denn es war ein Medienschauspiel und kein politisches Ereignis, wo eine Bewachung notwendig gewe-

sen wäre. Wenn man dies alles so sieht, muß man den Eindruck haben, als habe Europa keine Probleme, als sei Europa entscheidend bestimmend in Fragen der Abrüstung, als sei unsere Sicherheit absolut gewährleistet. Denn sonst könnte man nicht so dilettantisch vorgehen, wie es die Minister seit einigen Jahren tun. Wir wissen alle, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Wir wissen, daß sich das Zentrum der Weltpolitik längst von Europa wegbewegt hat. Früher war es der Raum um das Mittelmeer, wo das Zentrum der Weltpolitik war. Dann war es der Atlantik zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, wo das Zentrum der Weltpolitik war. Inzwischen verlagert sich dieses Zentrum in den pazifischen Raum. Europa gewinnt eine Randexistenz. Europa sieht überhaupt nicht mehr, welche Bedeutung es haben könnte. Dazu kommt, daß die beiden Großen, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, offensichtlich eine Politik wieder aufgenommen haben mit dem Treffen in Reykjavik, aber auch mit dem, was dann folgte, die mich in einer gewissen Weise an Jalta erinnert, an ein Treffen, das am Ende des Zweiten Weltkriegs stattfand, wo von Roosevelt und Stalin über Europa Beschlüsse gefaßt worden sind und wo es bei diesem Zweiergespräch nur einen wirklichen Europaexperten gegeben hat, nämlich Herrn Stalin, während Herr Roosevelt weithin von Illusionen getragen war, die sich nach 1945 als solche sehr schnell entpuppt haben, wenn die ganzen Hoffnungen zusammengebrochen sind, neue Demokratien etwa in Osteuropa zu schaffen. Diese Zustände müßten eigentlich jeden verantwortlichen europäischen Politiker zum Nachdenken bringen, müßten ihn dazu veranlassen, alles zu tun, um wenigstens auf einer gewissen Basis von Kernländern in Europa zu einer gemeinsamen europäischen weltpolitischen Initiative, vor allem verteidigungspolitischen Initiative, zu kommen. Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas zu dem sagen, was der Kollege Irmer vorhin über die Rolle dieser Versammlung gesagt hat. Der Kollege Irmer meint, daß im Grund genommen das Europäische Parlament eine solche Funktion wahrnehmen könne. Theoretisch ist dem zuzustimmen. Nur, in der Praxis bezweifle ich das, meine sehr verehrten Kollegen. Denn dieses Europäische Parlament ist ja ein noch viel größeres Geschöpf als diese Versammlung der Westeuropäischen Union — wenn ich das so formulieren darf —. Dieses Europäische Parlament ist zwar direkt gewählt. Aber es hat nichts zu sagen, wie wir wissen. Sie können ja nicht einmal die Frage der Agrarpreise lösen. Wie wollen Sie dann etwa die Frage der europäischen Verteidigung lösen. Ich glaube, wenn jetzt etwas für den europäischen Gedanken kontraproduktiv ist, dann ist es dieses Europäische Parlament. Wir werden es bei den nächsten Direktwahlen für das Europäische Parlament erleben, wenn in der Bundesrepublik wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung noch ihre Stimme abgeben wird, weil sie nicht bereit ist, sich für etwas zu engagieren, was im Grund genommen nichts zu sagen hat. Die Folge dieser Entwicklung ist also, daß im Grund genommen wieder die Staaten, wie sie im Verteidigungsbereich in der WEU zusammengeschlossen sind, zu einem aktiv handelnden Element werden müssen. Wir haben uns hier immer beklagt. Wir haben immer Mahnungen ausgesprochen, die keine Wirkungen hatten. Aber vielleicht öffnen sich

einmal die Augen. Ich darf in dem Zusammenhang auch zur Frage der Erweiterung der WEU ein paar Bemerkungen machen. Ich selber, liebe Freunde, bin hier außerordentlich skeptisch. Wenn ich nur die Entwicklung etwa in der Europäischen Gemeinschaft sehe, stelle ich fest, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft keine Stärkung des europäischen Gedankens gebracht hat. Stellen Sie sich einmal vor, die Europäische Gemeinschaft sollte in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik mit einer Sprache sprechen: mit Griechenland, mit Irland, mit Frankreich, mit der Bundesrepublik. Die Situation wäre dort ja noch wesentlich komplizierter, als es bei den Sieben der Fall ist, die in der Westeuropäischen Union zusammengeschlossen sind. Deswegen noch einmal meine Bedenken, nicht diesen Kern der Sieben zu erweitern in dem Glauben, daß dadurch, daß es mehr Mitglieder sind, die Macht dieser Organisation größer würde. Ich glaube, es wäre eher das Gegenteil der Fall. Man müßte den Kern, der hier noch vorhanden ist, und der auf Grund des Brüsseler Pakts mit ganz bestimmten Begründungen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, wieder bloßlegen und mit dem erweiterten Brüsseler Vertrag klarmachen, was seine eigentliche Aufgabe war und ist. Die große Gefahr, in der wir uns befinden — der Kollege Baumel hat mit seinen Äußerungen über die doppelte Null-Lösung das hier angesprochen —, ist, daß eine Abkoppelung der besonderen Situation der Verteidigung Europas von den Vereinigten Staaten stattfindet. Diese Gefahr, diese Bedrohung Europas ist doch nur zu lösen, wenn der politische Wille vorhanden ist, daß dieses Europa sich in verteidigungspolitischen Fragen mehr auf die eigene Stärke besinnt — vielleicht auch auf die eigene Schwäche —, sie erkennt und aus dieser Position heraus versucht, initiativ zu werden und nicht immer nur nach dem großen Bruder in Washington schielt und guckt, daß er sozusagen für die Europäer die Kartoffeln aus dem Feuer holt — wenn ich das so formulieren darf —. Das Versagen der Europäer gerade in diesen Tagen und Wochen und Monaten ist doch eklatant. Der Kollege Baumel hat vorhin gesagt, man habe ein Rendezvous in Zusammenhang mit Reykjavik versäumt. Nun, ich will es nicht bei diesen schönen Formulierungen literarischer Art belassen. Ich könnte Bismarck zitieren, der von dem Mantel der Geschichte gesprochen hat, der vorbeiwinkt und den man nur einmal ergreifen kann. Ich möchte es nicht so literarisch sehen. Aber ich möchte doch feststellen, daß gerade in diesen Wochen und Monaten es Europa war, das nicht die Zeichen der Zeit erkannt hat, daß es die Staatsmänner in Europa waren — da möchte ich auch den französischen Präsidenten einbeziehen, weil der Kollege Baumel soviel von der französischen Politik gesprochen hat —, die viel zu sehr nicht nach dem Mantel der Geschichte geblickt haben, sondern eher nach dem Mantel der Fernsehredakteure und der Medien, weil die es sind, die weithin heute das Meinungsklima bestimmen und es nicht mehr die Politiker sind, die Zeichen setzen, vielmehr sind es umgekehrt die Medien, an die sich die Politiker anlehnen. Die große Gefahr, die ich heute sehe, ist, daß, wenn dieser Pfeiler, von dem die Rede war, noch weiter bröckelt und immer mehr der Sand aus diesem Pfeiler herausläuft, der ganze europäische Gedanke zumindest in einigen

Ländern in Gefahr kommen könnte. Ich verhehle nicht meine große Sorge in meinem eigenen Land, in der Bundesrepublik, wo man mehr und mehr wieder Äußerungen hören kann, die darauf hinauslaufen, es müßte einen besonderen deutschen Weg geben, man müßte doch vielleicht eine Chance haben, jetzt zu einer Wiedervereinigung im Rahmen einer Abrüstungsdiskussion zu kommen, und die Sowjetunion, die über Jahrzehnte immer eine strategische Politik in Europa betrieben hat, könnte verführt werden, hier einige Leimruten auszulegen, auf die der eine oder andere Vogel fliegen könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer die europäische Politik und die Rolle Rußlands — ich sage jetzt bewußt: Rußlands — in der europäischen Politik im letzten und in diesem Jahrhundert betrachtet, wird nicht verhehlen können, daß hier eine gewisse Kontinuität in dieser Politik vorhanden ist, ganz gleich, ob es eine zaristisch bestimmte oder eine bolschewistisch bestimmte Außenpolitik war. Ich glaube, diese Tendenzen der europäischen Politik müssen für uns hier, die wir ebenfalls ein Bestandteil dieser europäischen Politik sind, ein Anlaß sein, darüber nachzudenken wie wir unsere eigenen Positionen wieder in die Hand nehmen können, wie wir dieses Europa, das für die Demokratie und die Freiheit in der Welt und für die Menschenrechte so viel bedeutet, so sichern können, daß diese Unabhängigkeit erhalten bleibt.

Lassen Sie mich zum Schluß zu dem Bericht des Kollegen Ahrens nur noch eines sagen. Natürlich begrüße ich ein solches Kolloquium. Natürlich hoffe ich wieder einmal, daß aus einem solchen Kolloquium oder Gipfeltreffen, oder wie immer man das nennen mag, etwas Positives herauskommt. Aber ich will nur eines sagen. Allzuviel Zeit haben wir nicht mehr, uns zu bemühen, etwas zu finden, was wir tun könnten. Es ist nicht 5 vor 12. Es ist wenige Sekunden vor 12 — wenn ich das so formulieren darf —. Ich kann nur hoffen, daß die Ereignisse dieser Wochen vielleicht manch einem in den Ministerien die Augen für das öffnen, was jetzt dringend notwendig wäre.

Dr. Ahrens (SPD): — Herr Präsident! Ich möchte mich zunächst bei der großen Zahl von Kollegen bedanken, die zu dem Bericht Stellung genommen haben. Im übrigen werde ich mich auf diejenigen Ausführungen beschränken, die sich mit meinem Bericht beschäftigt haben. Auf die eine oder andere Bemerkung, die über den Bericht hinausgeht, möchte ich hingegen nur kurz eingehen.

Zunächst darf ich feststellen, daß das Verhältnis des Rates zur Versammlung der WEU durchweg kritisch betrachtet wurde und daß einige Kollegen auch zum Ausdruck gebracht haben, daß die Leistungsfähigkeit der ganzen WEU durch die mangelnden Kontakte zwischen dem Rat und der Versammlung Schaden nehme.

Der Kollege Elmquist hat soeben als Beobachter einige, wie ich glaube, sehr treffende Beobachtungen wiedergegeben. Er hat auf Möglichkeiten verbesserter Kontakte zwischen den Organen hingewiesen, die wir im Europarat seit langem praktizieren. Denken Sie

an das Comité Mixed, denken Sie an die Beteiligung der Parlamentarier auch an Fachministerkonferenzen. Es geht also nicht allein darum, einen förmlichen Bericht entgegenzunehmen, wir müssen auch andere Verfahren entwickeln, um miteinander ins Gespräch zu kommen und kritische Fragen zu stellen.

Ich habe Verständnis dafür, wenn der Rat nicht all das, was er erörtert, in schriftlicher Form publiziert. Wir können aber, wie ich glaube, kein Verständnis dafür haben, daß wir von Informationen nahezu ausgeschlossen sind. In diesem Zusammenhang ist gefordert worden, daß die deutsche Bundesregierung die Entscheidung, die sie gestern getroffen hat — es handelt sich um eine Vereinbarung der die deutsche Bundesregierung tragenden Parteien —, zunächst im Rat hätte erörtern müssen. Ich teile nicht die Auffassung des Ratsvorsitzenden, daß eine solche Erörterung im Rat der WEU allein am Terminkalender gescheitert sei. Das hätte vermieden werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt eine solche Forderung aber nicht eigentlich eine andere WEU voraus? Hat es im Augenblick überhaupt Sinn, Probleme von solchem Gewicht im Rat der WEU zur Diskussion zu stellen? Brauchen wir nicht eine WEU, in der wirklich die Aktivitäten aller Mitgliedstaaten im Bereich der Sicherheitspolitik konzentriert sind? Das müssen wir uns doch kritisch fragen, wenn wir solche Forderungen erheben.

Als zweiten Komplex möchte ich das Verhältnis der Gemeinschaften zur WEU ansprechen. Von einem Kollegen ist ausgeführt worden, daß wir eine Europäische Union mit umfassenden Kompetenzen auch im sicherheitspolitischen Bereich brauchten und daß uns die Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte sicherlich dorthin führe. Diese Union mit umfassenden Kompetenzen mag, so Gott will, eines Tages Wirklichkeit werden. Im Augenblick aber sind wir davon noch weit entfernt.

Ich glaube, Herr Kollege De Decker hat recht mit seiner Feststellung, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Gemeinschaften Sicherheitsdiskussionen dort nicht geführt werden könnten. Auch Herr Kollege Müller hat kritisch bemerkt, daß sich das Europäische Parlament — ganz abgesehen von der Kommission; für sie trifft sicherlich dasselbe zu — schon mit der Erledigung der gegenwärtigen Aufgaben sehr schwer tue.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, man solle diese Versammlung aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments zusammensetzen. Ich glaube nicht, daß das richtig wäre. Die Stärke dieser Versammlung wie auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates liegt darin, daß wir hier alle zugleich nationale Verantwortung tragen, daß wir zugleich Kontrollfunktionen gegenüber unseren Regierungen haben. Diese Möglichkeit haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht.

Allerdings müssen wir uns über eines klar sein — auch hier komme ich wieder auf das zurück, was ich bereits zu dem ersten Punkt ausgeführt habe —: Wenn die WEU nicht umgebaut und gestärkt wird, wird auch die Verteidigungspolitik zu den Gemeinschaften hin abwandern. Herr Kollege Caro hat

gesagt, er verstehe den Kommissionspräsidenten Delors. Auch ich verstehe ihn. Ich begrüße seine Ausführungen insofern, als sie uns und vielleicht auch unsere Regierungen ein wenig aus der Lethargie aufgeweckt haben, die sich nach den hehren Erklärungen von Rom schon wieder ausgebreitet hatte.

Mehrere Kollegen haben die Rolle der Massenmedien angesprochen und deren Bedeutung betont. Ich bin davon überzeugt, daß wir morgen bei dem Bericht, den Sie, Herr Präsident, vorgelegt haben, noch darauf zu sprechen kommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Europa ist eine neue Generation herangewachsen, die nicht die traurigen Erfahrungen machen mußte, die wir in unserer Jugend haben machen müssen. Ich denke hierbei an Erfahrungen und Erinnerungen, die viele von uns innerlich auch heute noch nicht loslassen. Wir müssen dieser neuen Generation aber immer wieder sagen, daß Freiheit, Frieden und Demokratie nicht gottgegeben sind, sondern daß sie immer neu erstrebt, neu errungen und neu gesichert werden müssen. Wir müssen nicht nur für den Frieden, die Freiheit und die Demokratie arbeiten, sondern wir müssen zugleich unsere Öffentlichkeit, insbesondere unsere Jugend, über diese Arbeit unterrichten.

Zu den Vorschlägen, die in dem Ihnen vorgelegten Bericht enthalten sind, darf ich feststellen: Die Gipfelkonferenz zu Fragen der europäischen Sicherheit wird allgemein begrüßt. Von einigen Kollegen — van der Sanden, Valleix — wurde die Frage gestellt, ob wir nicht zu spät kommen. Andere haben vor zu großer Eile gewarnt und darauf hingewiesen, daß eine solche Konferenz eingehender Vorbereitung bedarf.

Ich teile die Auffassung, daß wir nicht mehr viel Zeit haben und daß diese Konferenz wesentlich über das hinausgehen müßte, was seinerzeit in Rom gesagt worden ist. Vielleicht sind die 12 Punkte, die uns der amtierende Ratspräsident heute vorgetragen hat, eine geeignete Grundlage, auf der bei dieser Gipfelkonferenz weiterdiskutiert werden kann.

Nun zur Frage einer Erweiterung der WEU. Hier gehen die Auffassungen auseinander. Einige Kollegen — Monsieur du Monceau, Herr van der Sanden — haben gesagt, wir sollten zunächst an die Reaktivierung der WEU denken und erst dann, wenn wir damit zu einem gewissen Abschluß gekommen seien, an ihre Erweiterung. Umgekehrt wurde verlangt, man müsse zunächst einmal die WEU erweitern. Denn nur auf dieser breiteren Basis könne man europäische Sicherheitspolitik erarbeiten und formulieren.

Ich glaube in der Tat, daß beides, die Reaktivierung und die Erweiterung, in einem Zusammenhang stehen. Ich glaube, die kritischen Anmerkungen, die Kollege Elmquist soeben vorgetragen hat, die Wertung seiner Beobachtungen in diesen Tagen, sollten uns Veranlassung geben, darüber sehr genau nachzudenken. Ich habe bereits bei der Sitzung des Politischen Ausschusses in Kopenhagen die Frage gestellt, ob unsere heutige WEU für Kandidaten überhaupt attraktiv sei und ob wir nicht zunächst einmal etwas mehr im eigenen Hause in Ordnung bringen müßten. Ich verstehe in diesem Zusammenhang auch das

Drängen unserer griechischen und türkischen Kollegen. Nur bitte ich zu verstehen, liebe Kollegen, daß wir bei aller Berechtigung ihrer Wünsche doch auch anerkennen müssen, daß im bilateralen Verhältnis zwischen ihren Ländern noch mehr geschehen muß. Was die Lösung der territorialen Fragen angeht, oder auch die der Zypernfrage — diese beschäftigt uns hier nicht; aber wir alle sitzen zugleich in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats —, scheinen mir noch nicht alle Möglichkeiten bilateraler Lösungen ausgeschöpft zu sein. Ich glaube, es ist für eine positive Entscheidung über die Beitrittswünsche dieser beiden Staaten Voraussetzung, daß sie ernsthaft versuchen, in den noch streitigen Fragen zu Lösungen zu kommen.

Das Kolloquium, das der Bericht vorschlägt, hat durchweg Zustimmung gefunden. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang davon unterrichten, daß der Politische Ausschuß in seiner Sitzung heute morgen erste Überlegungen über die Durchführung dieses Kolloquiums angestellt hat. Es sind erste Namen von Politikern genannt worden, die an diesem Kolloquium teilnehmen könnten. Wir werden in unserer nächsten Ausschußsitzung darüber weiter beraten.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz sicher beginnt in der europäischen Sicherheitspolitik ein neues Kapitel. An der Formulierung einer neuen Politik muß eine reaktivierte, eine neue WEU mitarbeiten. Ich bin davon überzeugt — ich glaube, wir sind es alle —, daß das kommen wird, was man als Doppelnulldlösung bezeichnet: die Abschaffung der Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite. Diese Lösung ist in der Versammlung unterschiedlich bewertet worden. Während einige Kollegen darin einen ersten Schritt in die richtige Richtung sehen, den Frieden mit einem geringeren Arsenal an tödlichen Waffen zu sichern, sehen andere eine Gefahr für die Sicherheit und für die Glaubwürdigkeit des Westens, auch für seine Solidarität. Wir werden darüber in dieser Versammlung weiter diskutieren.

Ich glaube, in zwei Punkten sind wir uns einig. Nötig ist zunächst einmal ein Höchstmaß an Sicherheit für alle Staaten Europas im Westen und im Osten bei einem Minimum an Truppen und Waffen gleich welcher Art. Das zweite, was nötig ist, ist die Aufrechterhaltung der Solidarität. Die Solidarität darf weder in Westeuropa noch im Bündnis Schaden leiden. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß jeder Staat auch in der Zukunft dasselbe Maß an Sicherheit genießt. Auch bei der Wahrung dieser Solidarität wird Europa auf eine neue Westeuropäische Union nicht verzichten können.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, und bitte Sie im Namen des Politischen Ausschusses, den Bericht anzunehmen.

Empfehlung 446

betr. den europäischen Pfeiler des Atlantischen Bündnisses — Teil II: Die politische Tätigkeit des Rates

Die Versammlung,

- (i) protestiert gegen die Tatsache, daß ihr der 32. Jahresbericht des Rates erst am 27. April 1987 zugegangen ist;
- (ii) stellt fest, daß das Ministertreffen vom 28. April den Vorschlag, eine europäische Sicherheitscharta zu erstellen, nicht aufgenommen hat;
- (iii) stellt fest und bedauert, daß die Forderungen der Versammlung im Haushaltsbereich noch keine zuverlässigen Entscheidungen herbeigeführt haben und die diesbezüglich vom amtierenden Ratspräsidenten gemachten Ausführungen einer Klärung bedürfen;
- (iv) stellt fest, daß der Rat seine Absicht, die Institutionen der WEU zu reorganisieren, nicht konkretisiert hat;
- (v) stellt fest und bedauert, daß der Rat den Ländern, die einen Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU gestellt haben, insbesondere Portugal, keine Antwort erteilt hat;
- (vi) stellt fest, daß der Mangel an nützlicher und ausreichender Information der Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Rates zur Aufrechterhaltung von Zweifeln an seiner Absicht beiträgt, einen europäischen Pfeiler des Atlantischen Bündnisses zu errichten,

EMPFIEHLT DEM RAT

1. so schnell wie möglich die Einberufung einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vertragsstaaten des Geänderten Brüsseler Vertrags sowie derjenigen Staaten zu veranlassen, die tatsächlich entschlossen sind, sich im Rahmen des Atlantischen Bündnisses an einer Europäischen Sicherheitsorganisation mit dem Ziel zu beteiligen, die Erfordernisse dieser Sicherheit für die nächsten zehn Jahre gemeinsam zu definieren und die Rolle zu präzisieren, die der WEU ihrer Ansicht nach zukommt, um diesen Anforderungen gerecht zu werden;
2. den Antrag auf Mitgliedschaft Portugals bis zum Jahresende positiv zu beantworten.

Tagesordnungspunkt:

32. Jahresbericht des Rates (2. Teil)

(Drucksache 1093)

Berichterstatter:

amtierender Ratsvorsitzender und
Luxemburger Außenminister Jacques Poos

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme zum Haushalt der ministeriellen Organe der WEU 1986 und 1987

(Drucksache 1088 und 1105)

Berichterstatter: Abg. Linster (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

**Die europäische Raumfahrtpolitik
bis zum Jahre 2000**

(Drucksache 1098)

Berichtersteller: Abg. Valleix (Frankreich)

(Themen: Unterschiede ziviler und militärischer Raumfahrtprogramme — Entwicklungen außerhalb Europas — Entwicklungen auf nationaler Ebene in Europa — internationale Zusammenarbeit — europäische Programme)

Empfehlung 448

**betr. die europäische Raumfahrtpolitik
bis zum Jahre 2000**

Die Versammlung

- (i) ist sich bewußt, daß eine entschlossene Weltraumpolitik der Weiterentwicklung in den fortgeschrittenen Technologien dient, indem sie Fortschritte in den Spitzenbereichen der Industrie sowie die intellektuellen, kulturellen und menschlichen Ressourcen in Westeuropa fördert;
- (ii) ist überzeugt, daß eine derartige Weltraumpolitik langfristig zu Lösungen für Energieprobleme und Probleme der Rohstoffversorgung, der Verschmutzung der Biosphäre und auch zur Überwindung des Hungers, der Armut und des Analphabetentums in der Dritten Welt führen kann und dabei gleichzeitig den Fortschritt im Alltagsleben und einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung unserer eigenen Länder fördert;
- (iii) vertritt mit Entschlossenheit die Ansicht, daß Westeuropa mit Hilfe der ESA vor Ende des 20. Jahrhunderts in Raumfahrtangelegenheiten völlige Selbständigkeit erreichen sollte;
- (iv) ist der Ansicht, daß jede Möglichkeit der europäischen Zusammenarbeit sowohl in der zivilen als auch in der militärischen Raumfahrtforschung ausgenutzt werden muß, damit wissenschaftliche Kapazitäten erweitert und optimaler Nutzen aus relativ begrenzten intellektuellen und finanziellen Ressourcen gezogen werden können;
- (v) ist bemüht, die durch das Ariane-Programm der ESA bereits erzielten beträchtlichen Resultate, die auf dem kommerziellen Markt durch Ariane-space bestätigt wurden, zu unterstützen;
- (vi) betont, wie dringlich es für die Sicherheit der westeuropäischen Staaten ist, zu einer Zusammenarbeit in der Raumfahrt zu gelangen, besonders bei Aktivitäten, deren Stabilisierungswert anerkannt ist, wie z. B. Überwachung und Nachrichtenwesen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. das Ziel der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA), Europa in der Raumfahrt vor Ende des

20. Jahrhunderts unabhängig zu machen, dadurch zu unterstützen, daß sichergestellt wird, daß die ESA alle notwendigen Mittel erhält, was bedeuten kann, daß der derzeitige Haushalt in der nächsten Dekade verdoppelt werden muß;

2. die Schaffung von Verbindungen zwischen der ESA und den für die Raumfahrtpolitik zuständigen Behörden in jedem Mitgliedsland der Organisation zu unterstützen, damit sichergestellt wird, daß alle mit der Raumfahrtforschung beschäftigten europäischen Einrichtungen sich untereinander über laufende oder geplante zivile oder militärische Programme ständig informieren, um somit zu vermeiden, daß intellektuelle und finanzielle Ressourcen unnötig vergeudet werden und schwierige Entscheidungen, die unweigerlich in der Zukunft zu treffen sein werden, besser vorbereitet werden können;
3. soweit wie möglich die Einsätze der europäischen Trägerrakete Ariane zu erleichtern, um ihr zumindest einen 50%igen Marktanteil bei kommerziellen Starts zu sichern, u. a. durch
 - unverzüglichen Abschluß eines Abkommens mit der Regierung der Vereinigten Staaten, in dem Grundsätze festgelegt werden, nach denen die Kostenberechnung für kommerzielle Starts unter Berücksichtigung der von den Regierungen getragenen Kosten, besonders jener für die Startvorrichtungen, erfolgen soll;
 - Vorkehrungen zu treffen, um zu vermeiden, daß westliche Satelliten durch am Weltmarkt angebotene sowjetische Trägerraketen in den Weltraum befördert werden, wenn diese Angebote weiterhin nicht auf Gegenseitigkeit beruhen und die Preise nicht kommerziellen Grundsätzen entsprechen;
4. sich dafür einzusetzen, daß baldmöglichst ein zwischenstaatliches Abkommen mit den Vereinigten Staaten über eine Raumstation abgeschlossen wird, damit dieses Projekt schneller verwirklicht werden kann und gleichzeitig die westliche Zusammenarbeit verstärkt wird, da dies eine Möglichkeit für Europa ist, zusammen mit seinen Partnern, an dem mit diesem Programm verbundenen technologischen Fortschritt teilzuhaben und sich damit der angestrebten Unabhängigkeit zu nähern;
5. mit der Unterstützung der WEU-Agenturen für Sicherheitsfragen die Auswirkungen der Schaffung eines europäischen Programms im militärischen Bereich für Fernmelde-, Navigations-, Beobachtungs- und Aufklärungssatelliten zu untersuchen;
6. systematisch die europäische Zusammenarbeit in der Raumfahrt zu verstärken, die Europa bereits zur dritten Weltraummacht in der Welt gemacht hat und den Dialog in der Raumfahrt mit den Vereinigten Staaten immer dann zu ermutigen, wenn dadurch ausgewogene Lösungen für die Zukunft gefunden werden können.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Luxemburger
Verteidigungsministers, Marc Fischbach**

*(Themen: Die Rolle der WEU als Diskussions- und
Konsultationsform für europäische Sicherheitspolitik
– Reorganisation der WEU)*

Tagesordnungspunkt:

**Die Stimme Europas nach Reykjavik –
Aussprachen in nationalen Parlamenten**

(Drucksache 1097)

Berichterstatter: Abg. Burger (Luxemburg)

EntschlieBung Nr. 76

betr. die Stimme Europas nach Reykjavik

Die Versammlung

- (i) berücksichtigt, daß in den Parlamenten der Mitgliedstaaten viele Vorschläge und Ideen vorgelegt wurden, mit dem Ziel, eine engere europäische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu erreichen;
- (ii) ist erfreut, daß die Regierungen der meisten Mitgliedstaaten sich mit Entschlossenheit für engere Konsultationen in der WEU, die sie als den geeig-

neten Rahmen für eine Verstärkung der Zusammenarbeit betrachten, ausgesprochen haben;

- (iii) ist erfreut, daß dank vieler von den Mitgliedern in einigen nationalen Parlamenten ergriffener Initiativen ein echter Dialog über die verschiedenen Aspekte der Aktivitäten der WEU mit den betreffenden Staaten entwickelt wurde, was eine Delegation dazu veranlaßt hat, ihren Informationsbericht mit der Feststellung abzuschließen, daß die Reaktivierung der WEU kein Diskussionsthema mehr sei, sondern eine Tatsache;
- (iv) bedauert jedoch, daß die von den Regierungen vorgelegten Antworten über ihre Aktivitäten zur Information der Öffentlichkeit noch nicht zufriedenstellend sind,

fordert Parlamente und Regierungen auf,

auf der Grundlage der verabschiedeten Empfehlungen einen fruchtbaren und ständigen Dialog aufrechtzuerhalten und auszubauen, damit

- 1. sie zum Erfolg der gemeinsam ausgearbeiteten Konzepte für europäische Sicherheitsfragen beitragen;
- 2. der gemeinsamen europäischen Position zu Sicherheitsfragen unter den Stimmen im Bündnis und im Ost-West-Dialog größeres Gehör verschafft wird;
- 3. der erfolgreichen Reorganisation der WEU nützliche Impulse verliehen werden;
- 4. sichergestellt wird, daß die Öffentlichkeit präzise und inhaltlich umfassender informiert wird.

